

5893/AB XX.GP

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Dr. Gabriela Moser und Genossen vom 5. Mai 1999, Nr. 6211/J, betreffend Politische Konsequenzen aus der Entwicklung der Einkommensverteilung in Österreich (Darstellungen des Sozialberichtes), beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1. bis 4.:

Österreich konnte in den vergangenen 20 Jahren beträchtliche Wohlstandszuwächse verzeichnen. Das Volkseinkommen ist seit 1976 um mehr als 60% angestiegen. Es ist aber auch ein wichtiges Anliegen der Bundesregierung, daß alle Österreicher an der Verbesserung der Lebensstandards teilhaben können.

Das Niveau der Lohnquoten stellt keinen geeigneten Indikator für die Verteilung des Volkseinkommens dar. Einerseits kommt mit wachsendem Wohlstand auch den Besitzeinkommen der Arbeitnehmer und Pensionistenhaushalte zunehmende Bedeutung zu. Andererseits haben in diesem Jahrzehnt auch die Finanzanlagen der Unternehmen sehr stark zugenommen. Aus Änderungen der Lohn- bzw. Gewinnquoten kann daher nicht unmittelbar auf die Verteilung der Einkommen zwischen Arbeitnehmer und Gewinnhaushalten geschlossen werden. Daher setzt sich die Bundesregierung auch kein Ziel für die Höhe der Lohnquoten.

Dennoch beruht die Entwicklung der Netto - Lohnquote auf einigen beunruhigenden Ursachen, denen die Bundesregierung aktiv entgegentritt:

- Die Arbeitsmarktlage ist nicht zufriedenstellend. Arbeitslosigkeit ist eine der wichtigsten Ursachen für Armut und ungleiche Verteilung der Einkommen. Mit dem Aktionsplan für Beschäftigung setzt die Bundesregierung einen wichtigen Impuls, um allen Österreichern die Möglichkeit auf ein Erwerbseinkommen zu schaffen. Erste Erfolge konnten bereits im Jahr 1998 verbucht werden. So ist die Beschäftigung um etwa 1% gestiegen und auch die Bruttoentgelte für unselbständige Arbeit sind kräftig um 3,4% gewachsen.
- Die hohen Realzinssätze haben das Wirtschaftswachstum gedämpft und die Besitz - einkommen begünstigt. Die hohen Zinssätze der 80iger und frühen 90iger Jahre in Europa haben einerseits nachteilig auf Investitionen und Wirtschaftswachstum gewirkt und andererseits die Bezieher von Lohneinkommen gegenüber Besitzeinkommen benachteiligt. Eine wesentliche Ursache der hohen Realzinssätze war in der mangelnden internationalen Koordinierung der Wirtschaftspolitik zu sehen. Die Wirtschafts - und Wäh - rungsunion behebt diesen Mangel auf europäischer Ebene und stellt eine Vorbedingung für nachhaltiges kräftiges Wirtschaftswachstum in Europa dar. Die niedrigen Zinssätze, die gegenwärtig in der EU zu beobachten sind, stellen ein erstes Indiz für den Erfolg der gemeinsamen europäischen Wirtschaftspolitik dar.
- Die steigende steuerliche Belastung der Lohneinkommen wirkt nachteilig auf die Beschäf - tigung. Innerhalb der Europäischen Union war in der Vergangenheit ein Ansteigen der steuerlichen Belastung, insbesondere der Lohneinkommen, zu beobachten. Die Öster - reichische Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, diese ungünstige Entwicklung zu stoppen und nach Möglichkeit umzukehren.

Die Steuerreform 2000 hat unter anderem die Ziele, die niedrigen Einkommen, beispiels - weise durch die Erhöhung des allgemeinen Absetzbetrages, steuerlich zu entlasten. Durch Maßnahmen wie Verbesserungen beim Lehrlingsfreibetrag oder der Absetzbarkeit von Ausbildungskosten im Zusammenhang mit dem ausgeübten Beruf leistet die Steuer - reform einen Beitrag zur Erhöhung der Beschäftigung. Weiters werden durch den Bildungsfreibetrag für Mitarbeiter und Verbesserungen beim Forschungsfreibetrag zukunftsorientierte Investitionen gefördert. Die Steuerreform 2000 wird daher zu einer Verbesserung der Situation am Arbeitsmarkt beitragen und damit die Bezieher von Lohneinkommen unterstützen.

Bei all diesen Bemühungen muß aber berücksichtigt werden, daß die steigende steuerliche Belastung der Lohneinkommen auf den erhöhten internationalen steuerlichen Wettbewerb zurückzuführen ist. Hier können weitere Fortschritte nur durch ein koordiniertes gemeinschaftliches Vorgehen auf europäischer und internationaler Ebene erzielt werden. Die österreichische Bundesregierung verfolgt das Ziel der steuerlichen Entlastung der Lohneinkommensbezieher daher einerseits durch einen sparsamen Umgang mit öffentlichen Mitteln und andererseits durch ein aktives Vorantreiben der Aktivitäten zur Abstimmung der Steuersysteme in der Europäischen Union.

Abschließend sei darauf hingewiesen, daß die öffentlichen Haushalte einen ganz wesentlichen Beitrag zu einer gerechten Verteilung des volkswirtschaftlichen Einkommens leisten. Dabei muß insbesondere die wichtige Rolle der staatlichen Ausgaben berücksichtigt werden. Eine Studie des Wirtschaftsforschungsinstitutes aus dem Jahr 1996 unterstreicht diese Tatsache deutlich.